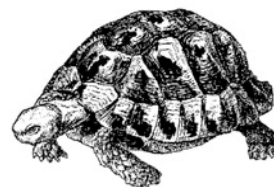


express

Zeitung für sozialistische
Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit



Labour

Germany

Erwartbar, aber dennoch schwer zu ertragen

AG Wahlbeobachtung zu den Wahlen in Sachsen und Thüringen

In: *express* 9/2024

Wir können es nicht anders schreiben: In Thüringen wird mit einem Stimmanteil von 32,8 Prozent eine neofaschistische Partei stärkste Kraft. Die AfD verfügt mit mehr als einem Drittel der Landtagsitze zugleich über eine obstruktionstaugliche Sperrminorität für eine Reihe von institutionellen Abläufen (Landtagsauflösung, Bestellung von Verfassungsrichtern).

Die sächsische AfD – nicht weniger rechts als ihr Thüringer Pendant – liegt mit 30,6 Prozent nur knapp hinter der CDU mit 31,9 Prozent. Wenn wir die »Freien Sachsen« mit 2,2 Prozent dazurechnen, ist die äußerste Rechte auch in diesem Bundesland stimmenstärkste Kraft.

Die Wahlbeteiligung in Thüringen ist mit 73,6 Prozent die zweithöchste in der Geschichte des Bundeslandes und in Sachsen mit 74,4 Prozent die höchste aller Landtagswahlen seit 1990. Früher galt die Tendenz, dass eine hohe Wahlbeteiligung eher der politischen Linken nutzte. Dass dies nicht mehr so ist, zeigt, dass die politisch-kulturelle Grundierung in diesen beiden Bundesländern weit nach rechts gerutscht ist. An absoluten Stimmen hat die AfD in Thüringen gegenüber der letzten Landtagswahl um mehr als 50 Prozent und in Sachsen um mehr als 20 Prozent zugelegt.

Das BSW beim Wort nehmen – zur politischen Topografie in beiden Bundesländern

Neben dem Abschneiden der AfD war das herausragende Ereignis der beiden Landtagswahlen der Wahlerfolg des BSW. Dieser hatte sich bereits bei den Europawahlen abgezeichnet. In beiden Bundesländern landete die Partei ziemlich genau bei dem im Juni erzielten Niveau. Eine weitere Steigerung gelang nicht, möglicherweise hat die neue Formation ihr Potenzial vorerst ausgeschöpft. In beiden Ländern drittstärkste Partei zu werden, ist gleichwohl ein beachtlicher Erfolg für eine neue Partei. Sie präsentiert sich als eine neue Kraft der rechten Mitte und zielt auf breitestmögliche Anschlussfähigkeit. Das Etikett »links« lehnt sie explizit ab. Sabine Zimmermann, Spitzenkandidatin des BSW in Sachsen, brachte es vor der Wahl auf die Formel »links der CDU, rechts der SPD« (LVZ 21.04.2024). Von »illegaler Migration« über ein Ende der Sanktionen gegen Russland, die »vor allem uns und unserer Wirtschaft« schaden (BSW-Wahlprogramm Sachsen), Frieden in der Ukraine bis hin zum Gendersternchen wurde alles angetriggert, was der rechte Kulturkampf aktuell zu bieten hat. Nicht zu vergessen die auch von der AfD geteilte stete Warnung vor der »gefährlichsten Partei«, den Grünen. Dieses politische Angebot für »Veränderungsmüde« (Fabio de Masi in der *taz*) traf offensichtlich einen Nerv.

Für die Linkspartei wurden die Wahlen zum erwarteten Desaster, nur dank Bodo Ramelow gelang in Thüringen der Wiedereinzug mit einem knapp zweistelligen Ergebnis. Hier wie in Sachsen sank die Anzahl ihrer Stimmen gegenüber 2019 um mehr als 50 Prozent.

Da auch SPD und Grüne schwach abschnitten, repräsentieren die Parteien links der Union (SPD, Grüne, Linke) in Sachsen nur noch 16,9 Prozent, in Thüringen noch 22,3 Prozent. Nach der Zimmermannschen Topografie haben für AfD, CDU und BSW und damit für die Parlamentsparteien »rechts der SPD« in Sachsen und Thüringen mit 74 Prozent respektive 72 Pro-

zent fast drei Viertel aller Wählenden gestimmt. Insbesondere in Sachsen ist dabei zu beachten, dass die CDU, glaubt man der Wählerwanderung, relativ viele Stimmen von Linken (19.000), SPD (18.000) und vor allem auch Grünen (31.000) abgezogen hat (Forschungsgruppe Wahlen, FGW). Hier kann ein taktisches Wahlverhalten vermutet werden. Ein Teil dieser Wähler:innen wollte so verhindern, dass die AfD stärkste Kraft wird. Ministerpräsident Kretschmer hat in Sachsen massiv um solchermaßen motivierte Leihstimmen geworben. Am grundsätzlichen Kräfteverhältnis ändert dies jedoch nichts.

Natürlich sind AfD, CDU und BSW kein homogener Rechtsblock: Die CDU, so rechts-offen sie auch daherkommt, ist kein Systemsprenger der Republik und schreckt noch vor einer offenen Zusammenarbeit mit der AfD zurück. Gegenüber dem BSW gibt es in der Union nach wie vor große Einwände und das BSW selbst versteht sich zwar nicht als »links«, will aber auch keine offen rechte Partei sein. In der Migrationspolitik plädiert sie für harte Restriktionen, aber verzichtet auf völkische Narrative. Nichtsdestotrotz gibt es mehr Verbindendes, als es auf den ersten Blick scheint.

Die CDU – in Ostdeutschland stehen die Landesverbände weit rechts von denen im Westen – verharmlost die AfD-Wählerschaft als Ampel-empörte Protestwähler:innen und kopiert problemlos wesentliche Elemente des AfD-Auftritts in der Migrations- und Innenpolitik. Die Anrufung einer kulturellen »Normalität«, das Beschwören von Ordnung, ist bei allen genannten Parteien stilbildend. Ein guter Indikator ist die Bildungspolitik, wo es einen beunruhigenden Vorrat an Gemeinsamkeiten bei konservativen bis reaktionären Präferenzen zu Leistung und Auslese gibt. Das BSW in Thüringen verteidigt das dreigliedrige Schulsystem, sorgt sich in Sachsen um die Unterrichtsqualität in den Gymnasien und will daher »klarer« definierte, sprich: restriktivere Aufnahmekriterien (Wahlprogramme BSW Thüringen S.18 und BSW Sachsen S.32). Der Bildung will das BSW wieder eine »Heimat« geben, denn Rechnen sei wichtiger als Gendern, was zeigt, wes Geistes Kind das BSW ist.

Das BSW möchte auf allen Ebenen den Umgang mit der AfD entkrampfen und würde in diesem Zusammenhang auch »vernünftigen« (was immer das sein mag) AfD-Anträgen zustimmen und in Thüringen einen AfD-Abgeordneten »von Format, keinen Rechtsextremen« als Landtagspräsidenten mitwählen (Wagenknecht auf *T-Online*, 7. September 2024).

Auffällig ist die Bewertung der AfD durch BSW-Wähler:innen in Thüringen: Dass die AfD die Demokratie gefährde, finden neben 94 Prozent der Linken-Anhänger:innen selbst 88 Prozent der Anhänger:innen der CDU. Beim BSW-Anhang teilen dies hingegen nur 66 Prozent. Ähnlich ist der Blick auf eine mögliche Beteiligung der AfD an einer Landesregierung: 96 Prozent der der Linken-Anhänger:innen finden das schlecht, unter den BSW-Anhänger:innen sind es nur 66 Prozent. In Sachsen ist das Stimmungsbild ähnlich: 96 Prozent der Linken-Anhänger:innen fänden die AfD in der Regierung schlecht, bei den BSW-Anhänger:innen sehen dies nur 65 Prozent so (FGW).

BSW: kein Bremsklotz gegen die AfD

In der Diskussion um die effektive Auseinandersetzung mit der AfD wurde hin und wieder die Hoffnung oder gar die Prognose geäußert, dass das BSW den Raum für die AfD verkleinert. Im *Freitag* (05/2024) schlagzeilte Sebastian Puschner schon mal »Bündnis Sahra Wagenknecht: Die andere Antifa« – eine Fehleinschätzung, wie sich zeigte. Am Ende, darin stimmen die Analysen zur Wählerwanderung überein, hat das BSW vor allem der Linken, kaum aber der AfD geschadet.

Die Spekulationen, wie viele Stimmen der Wahlantritt des BSW die AfD kosten könne, blendeten einen wichtigen Umstand aus: Rhetorik, Agenda und populistische Zuspitzungen des BSW vergrößern und befeuern den Resonanzraum für die extreme Rechte; und das nicht nur bei den Fragen von Zuwanderung, Grenzschutz und Abschiebung, sondern auch in dem Geraune um Missbrauch von Bürgergeld, dem Rasonieren um »Ausländerkriminalität«, dem Anheizen von Wahnvorstellungen, dass in den Schulen vor allem Gendern, aber kein Rechnen gelernt werde. Wagenknecht und das BSW bewirtschaften und fördern Ressentiments, anstatt sie zu bekämpfen.

Wahlentscheidend: Obsessionen und Ressentiments

Schon vor dem mutmaßlich dschihadistischen Anschlag in Solingen hatte die rassistische Kampagne gegen Geflüchtete an Fahrt aufgenommen. Aus Panik vor einem zusätzlichen Push für die AfD wurden dann nach Solingen alle humanitären Standards in der Migrationspolitik fallen gelassen. Abschieben, abschieben, abschieben wurde zur zentralen Wahlkampfparole jenseits der Linkspartei. Das Flüchtlings- und Asylrecht sowie grundlegende menschenrechtliche Standards wurden schwer beschädigt. Wo es noch leise Widersprüche gab, wurden diese nicht mehr menschenrechtlich, sondern nur technisch begründet. Die öffentliche Debatte wurde von AfD und der CDU/CSU-Rechten beherrscht. Die Namensgeberin des BSW war vorne mit dabei: »Wer unkontrollierte Zuwanderung zulässt, der bekommt unkontrollierte Gewalt« (*Welt-TV*, 28. August 2024). SPD und Grünen wurden die Geflüchteten und ihre Menschenrechte zweitrangig. Vergessen die rassistischen Anschläge, die vielen Opfer rechtsextremer Gewalt, vergessen auch die alte Erkenntnis, dass am Ende immer das Original und nicht die Kopie gewählt wird. Mitlaufen nach rechts bremst die extreme Rechte nicht, sondern stärkt sie. Ob Kriminalitätsbekämpfung, Innere Sicherheit, Asyl- und Flüchtlingspolitik oder Migration, die Themen der AfD bestimmten den Diskurs und die Tonlage des Wahlkampfes.

Zuwanderung wurde dabei zur Projektionsfläche für alles Mögliche, ja zur Obsession. Vor allem in Regionen und Wahlkreisen in Thüringen und Sachsen, wo es kaum Zuwanderung und Migrant:innen gibt, wo es folglich auch kaum die behaupteten Konkurrenzsituationen oder administrativen Probleme bei Unterbringung und Integration geben kann, war die Ablehnung der Migration am größten.

Vor der Wahl in Brandenburg wird nochmal nachgelegt. Ein Ende des Festungsbaus Europa ist nicht absehbar, als Nächstes geht es um die verbliebenen Reste des deutschen Asylrechts und sogar die Genfer Flüchtlingskonvention.

Gender

32,8 Prozent für die AfD in Thüringen und 30,6 Prozent in Sachsen ist nur der erste Blick auf das Geschehen. Bei Thüringen fällt auf – die Tendenz ist in Sachsen ähnlich –, dass Frauen zu 27,4 Prozent AfD wählen, Männer hingegen zu 38,5 Prozent. Nun sind 27,4 Prozent auch schon zu viel, aber ein gender vote gap von mehr als zehn Prozentpunkten ist signifikant. Auffällig sind die Unterschiede auch bei den jüngeren Wählenden. In der Altersgruppe von 18 bis 29 Jahren ist der Unterschied zwischen Männern und Frauen bei der Wahl der AfD mit 13 Prozentpunkten in Thüringen und 15 Prozentpunkten in Sachsen noch größer (FGW).

Der politische gender gap wäre ein Anknüpfungspunkt für eine vertiefte Analyse der Rechtsentwicklung und den Möglichkeiten einer Politik gegen rechts. Die Erschütterung patriarchaler Verhältnisse in den letzten Jahrzehnten wird offensichtlich von vielen Männern nicht als Chance begriffen, sondern als Verlust von Vorrechten, Status und Dominanz erlebt. Wenn wir bei dem Mainstreammuster »Protestwähler« sind: Hier gibt es keinen Grund zu legitimem Protest, kein verteidigungswertes Anliegen.

Raum

Gravierend sind auch die Unterschiede des Wahlverhaltens im Raum. Je urbaner der Raum, desto geringer der AfD-Wähler-Anteil (siehe Tabelle 1).

Die gängige Erklärung, dass, wenn der Bus nur einmal am Tag fährt, die Bürger:innen rechtsextrem wählen (»... schlechte Infrastruktur«), ist zu platt. Das Zusammenwirken von schlechter Infrastruktur, kulturellen Gewohnheiten, Verlust von kommunikativen Räumen und Demografie (Abwanderung allgemein, Abwanderung jüngerer Frauen) sowie die soziokulturelle Dynamik, die sich aus allen diesen Faktoren ergibt, wäre ein lohnender Analysepfad, der hier aus Platzgründen nicht weiterverfolgt werden kann.

Es handelt sich um ein Problemfeld, das auch in anderen Ländern (z.B. USA, Frankreich) relevant ist. Die politische Entwicklung von »ländlichem Land«, »verdichtetem Land«, Stadt und Großstadt läuft auseinander. Die Linke verliert auf dem Land, fast überall. Das Thema ist gesetzt: Wie können die progressiven Kräfte im ländlichen Raum gestärkt werden?

Die soziale Zusammensetzung der Wählenden

Die Wahlergebnisse von Sachsen und Thüringen spiegeln sich auch im Wahlverhalten von Arbeiter:innen und Angestellten sowie Gewerkschaftsmitgliedern wider.

Zunächst ein kurzer Blick auf die soziale Zusammensetzung der Wählenden, wie sie sich auf Basis der Nachwahlbefragungen darstellt. In beiden Ländern sind Männer mit rund 52 Prozent leicht in der Mehrheit. In Bezug auf das Alter ist die stärkste Gruppe die der über 60jährigen, die in Sachsen 38 Prozent und in Thüringen 40 Prozent der Wählenden stellt, die 18 bis 29jährigen stellen »nur« elf bzw. zehn Prozent. 58 Prozent aller Wählenden in Sachsen und 59 Prozent in Thüringen sind berufstätig, jeweils 28 Prozent sind Rentner:innen. Die Erwerbslosen fallen mit jeweils zwei Prozent nicht ins Gewicht. Rund ein Drittel aller Wählenden ordnet sich der Berufsgruppe »Arbeiter«, etwas mehr als 40 Prozent den »Angestellten« zu (siehe Tabelle 2).

Nach einer Untersuchung des Meinungsforschungsinstituts pollytix von August 2024¹ ist die AfD im Vergleich mit allen Wahlberechtigten »etwas stärker unter Männern, mittlerem Alter, im ländlichen Raum und unter Ostdeutschen« vertreten. Auffallend ist, dass 50 Prozent der AfD-Wählenden sich in Ost- und 51 Prozent sich in Westdeutschland im unteren Teil der Gesellschaft verorten, bei allen Wahlberechtigten sind es nur 39 respektive 37 Prozent. Dabei sind die Unterschiede im Haushaltsnettoeinkommen bei den Anhänger:innen der AfD und allen Wahlberechtigten eher gering. Die Menschen mit AfD-Wahlabsicht und alle Wahlberechtigten verteilen sich sehr ähnlich auf die Einkommenscluster.

Neben der Einkommenslage müssen die sozio-kulturellen und geschlechtsbezogenen Dimensionen immer mitgesprochen werden, Das gilt auch für die vielfältigen Milieus bei den Lohnabhängigen und dort bei den Gewerkschaftsmitgliedern (siehe Tabelle 2).

Der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder unter allen Wählenden lag in beiden Bundesländern bei zwölf Prozent, derjenige der Gewerkschaftsmitglieder, die zugleich »Arbeiter« als Berufsgruppe angegeben haben, betrug fünf Prozent. Dies gilt es zu berücksichtigen, wenn es um das politische Gewicht geht, dass die Gewerkschaften in die Waagschale werfen können.

Auffallend ist in beiden Bundesländern, dass die Gruppe der sich als »Arbeiter« verstehenden Wählenden im Vergleich zu den westdeutschen Bundesländern mit 31 respektive 33 Prozent noch relativ stark ins Gewicht fällt.² Dies schlägt sich unmittelbar auch im Wahlergebnis nieder.

Tab. 1: AfD-Stimmanteile nach Gemeindegröße

Gemeindegröße	AfD-Stimmanteil TH	AfD-Stimmanteil SN
< 1.000	40,2	41,5
1.000 - 4,999	38,6	38,3
5.000 - 19.999	36,9	34,9
20.000 u. mehr	28,4	25,2
Jena	16,2	
Leipzig		18,7

Quelle: MDR; amtll. Endergebnisse

Tab. 2: Soziale Zusammensetzung der Wählenden (in Prozent aller Wählenden)

	Sachsen	Thüringen
Berufsgruppe (jeweils inklusive »Rentner« und »Arbeitslose«)*		
»Arbeiter«	31	33
»Angestellte«	43	43
»Beamte«	4	5
Gewerkschaftsmitglieder**	12	12
Gewerkschaftsmitglied/ »Arbeiter«	5	6
Gewerkschaftsmitglied/»Angestellte«	6	5

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, auf Basis von Selbstauskünften der Befragten bei den Wahltagsbefragungen.

* Weitere Berufsgruppen sind Selbstständige u. Landwirte; alle Angaben gerundet; »Arbeiter«, »Angestellte« jeweils inklusive Rentner:innen und »Arbeitslose«, dito bei Gewerkschaftsmitgliedschaft.

** Nicht getrennt aufgeführt sind die wenigen Mitglieder, die sich anderen Berufsgruppen zuordnen.

Arbeiter:innen verstärken die Rechtsdrift

In der Debatte um die Zukunft der Linkspartei spielt die Behauptung eines legitimen »linken Konservatismus« der »Arbeiterklasse«, gegenüber dem sich die Linke zu positionieren habe – so z.B. Michael Brie (*jacobin.de*, 19. Juli 2024) –, eine nicht unwesentliche Rolle. Die Frage ist allerdings, in welcher Form sich dieser Konservatismus bei den Wahlen niederschlägt. Was beim Blick auf die Nachwahlbefragungen von Infratest dimap und Forschungsgruppe

¹ pollytix: AfD-Wählende im Focus/ Erkenntnisse aus der Forschung/ August 2024

² Bei den Landtagswahlen in NRW lag der »Arbeiteranteil« 2022 bei 21 Prozent und in Niedersachsen bei 24 Prozent.

Wahlen auffällt, ist die überdurchschnittliche Unterstützung der AfD unter denjenigen Wählenden, die sich als »Arbeiter« verstehen (Tabelle 3 und 4). Besonders ausgeprägt ist diese bei den berufstätigen Arbeiter:innen. Von diesen haben laut Infratest dimap 45 Prozent in Sachsen und 49 Prozent in Thüringen für die Neofaschisten gestimmt. Wenn wir zudem die erwähnten Unterschiede im Wahlverhalten von Frauen und Männern sowie die Zusammensetzung der Belegschaften in den Produktionsbetrieben in Betracht ziehen, so gibt es wenig Zweifel, wo sich die Mehrheit der (männlichen) Arbeiter gerade dort, wo die Gewerkschaften nennenswert vertreten sind, politisch verortet (siehe Tabelle 3 und 4).

Tab. 3: Sachsen: Wahlentscheidung 2024 nach Wählergruppen (in Prozent)

	CDU	AfD	BSW	SPD	Grüne	LINKE
Wahlergebnis: Wahlbeteiligung 74,4	31,9	30,6	11,8	7,3	5,1	4,5
FG Wahlen						
Männer	29	35	10	7	6	4
Frauen	34	25	13	8	5	5
Altersgruppe 18-29 Jahre	15	29	10	9	9	13
Altersgruppe > 60 Jahre	42	28	7	14	2	3
»Arbeiter« (inkl. »Rentner« u. Erwerbslose)	30	39	12	5	2	3
»Angestellte« (inkl. »Rentner« u. Erwerbslose)	33	25	13	9	6	5
Infratest dimap						
(berufstätige) Arbeiter:innen	23	45	11	3	3	3
(berufstätige) Angestellte	29	28	12	8	7	5
Rentner:innen	45	28	13	8	1	2
FG Wahlen						
Gewerkschaftsmitglieder	29	31	12	8	4	6
Gew. + »Arbeiter«	28	40	13	5	2	4
Gew. + »Angestellte«	28	33	12	10	6	7

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Infratest dimap

Anm.: Unterschiedliche Erhebungsmethoden: Die Forschungsgruppe Wahlen fragt zunächst nach dem Erwerbstatus »berufstätig, Rentner, arbeitslos, in Ausbildung« und danach nach der »Berufsgruppe« »Arbeiter, Angestellter, Beamter, Selbstständiger, Landwirt«. Die »Berufsgruppen« umfassen somit Berufstätige wie auch Rentner:innen und Erwerbslose. Bei Infratest dimap wird hingegen nach »Arbeitern, Angestellten, Beamten, Selbstständigen, Rentnern, Arbeitslosen« unterschieden. Mit großer Wahrscheinlichkeit hat man es hier, korrekte Antworten unterstellt, mit berufstätigen »Arbeitern« etc. zu tun.

Tab. 4: Thüringen: Wahlentscheidung 2024 nach Wählergruppen (in Prozent)

	AfD	CDU	BSW	LINKE	SPD	Grüne
Wahlergebnis Wahlbeteiligung 73,6	32,8	23,6	15,8	13,1	6,	3,2
FG Wahlen						
Männer	39	22	14	12	6	3
Frauen	27	25	17	14	7	4
Altersgruppe 18-29 Jahre	35	12	13	15	9	6
Altersgruppe > 60 Jahre	26	29	19	16	6	1
»Arbeiter« (inkl. »Rentner« u. Erwerbslose)	40	21	17	11	5	2
»Angestellte« (inkl. »Rentner« u. Erwerbslose)	28	25	17	14	7	4
Infratest dimap						
(berufstätige) Arbeiter:innen	49	15	16	8	4	2
(berufstätige) Angestellte	33	21	15	14	4	4
Rentner:innen	23	24	19	16	7	1
FG Wahlen						
Gewerkschaftsmitglieder	35	18	17	17	8	2
Gew. + »Arbeiter«	42	18	17	14	6	2
Gew. + »Angestellte«	29	18	17	21	8	3

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Infratest dimap

Diese Entwicklung ist leider nicht neu, wie sich beim Blick auf die Wahlergebnisse vorangegangener Landtagswahlen zeigt (Tabelle 5). Unübersehbar ist der Schub, den die AfD in der Folge des Auftretens von Pegida ab 2014 und dem sich verschärfenden Migrationsdiskurs ab 2016 erhielt.

Tab. 5: Sachsen u. Thüringen: Stimmanteile der Rechtsextremen 2004 – 2024

	Sachsen		Thüringen**
	AfD	NPD	AfD
Arbeiter:innen*			
2024	45	-	49
2019	41	-	39
2014	15	11	16
2009	-	10	-
2004	-	17	
Angestellte*			
2024	28	-	33
2019	26	-	21
2014	10	4	11
2009	-	3	
2004	-	5	

Quelle: Infratest dimap, Wahlnachbefragungen, teilw. zit. n. Konrad-Adenauer-Stiftung.

* Arbeiter und Angestellte ohne Rentner:innen, siehe Anm. Tabelle 3.

** In Thüringen wurde die NPD nicht erhoben, da sie dort 2004 bis 2014 jeweils den Einzug in den Landtag verfehlte.

Nun besteht die viel beschworene Klasse der Lohnabhängigen soziologisch neben den Arbeiter:innen, die alles andere als einen monolithischen Block darstellen, auch aus der ebenfalls ausdifferenzierten Gruppe der Angestellten. Es fällt auf, dass es hier bereits bei der Stimmabgabe für die NPD in Sachsen große Unterschiede gegeben hatte. Es ist alles andere als beruhigend, dass 2024 in Sachsen 28 Prozent und in Thüringen sogar ein Drittel der Angestellten ganz rechts ihr Kreuz gemacht haben, gleichwohl bleiben markante Unterschiede. Zu vermuten ist, dass unter den Angestellten häufiger Beschäftigte mit Hochschulabschluss zu finden sind, die, darauf deuten Nachwahlbefragungen hin, insgesamt deutlich unterdurchschnittlich AfD wählen (in Sachsen »nur« 16 Prozent, in Thüringen 17 Prozent), aber immerhin in Sachsen ein Viertel und in Thüringen ein Fünftel aller Wählenden stellten.

Vorläufig bleibt festzuhalten: Große Teile der Lohnabhängigen, darunter vor allem auch Arbeiter:innen, wählen rechtsextrem. Nicht nur im BSW-affinen Milieu wird dies »linkem Konservatismus« oder legitimer Enttäuschung zugeschrieben. Sahra Wagenknecht wusste bereits im September 2023: »Viele fühlen sich von keiner Partei mehr vertreten und wählen aus Verzweiflung AfD« (*Tagesspiegel* 09.09.2023). Das Naheliegende bleibt ausgeblendet: Dass die AfD nicht gewählt wird, obwohl sie rechtsextrem ist, sondern weil sie es ist. Diese Arbeiter:innen und Angestellten sind vielfach Teil der rechten, rechtsextremen und mitunter auch neonazistischen Milieus, die sich über viele Jahre in einzelnen Regionen nicht nur, aber gerade auch in Ostdeutschland herausgebildet haben. Ihre braunen Wurzeln reichen bis in die Baseballschlägerjahre, die Pogrome von Hoyerswerda und Rostock sowie die Pegida-Märsche zurück. Wenn zudem berücksichtigt wird, wie stark die CDU in beiden Bundesländern nach rechtsaußen blinkt, wird klar, wie hegemonial die Rechte inzwischen vielerorts geworden ist.

Und die Gewerkschaften?

Dem DGB hat es offensichtlich die Sprache verschlagen. Bis zum Redaktionsschluss dieses Artikels am 19. September 2024 fand sich im Infodienst Einblick des DGB weder ein Kommentar zum Wahlergebnis noch die sonst übliche Grafik zum Wahlverhalten der Gewerkschaftsmitglieder. Die vielen gut gemeinten Initiativen der Gewerkschaften gegen rechts sind

offensichtlich verpufft. Die DGB-Gewerkschaften erreichen, das zeigen die hier dokumentierten Wahlergebnisse nicht zum ersten Mal, nicht einmal mehr ihre Mitglieder.

Damit stehen sie leider nicht allein. Das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) stellt in seiner Analyse der Thüringenwahl fest, »dass gerade in den Landkreisen, in denen über das letzte Jahr hinweg besondere Mobilisierungen gegen AfD-Kandidat:innen bei Landrats- und Bürgermeisterwahlen stattgefunden hatten, die AfD nicht geschwächt wurde, sondern überdurchschnittlich hohe Gewinne erzielen konnte (z.B. Saale-Orla-Kreis, Landkreis Sonneberg).«³

Linke, SPD und Grüne haben 2024 unter den Gewerkschaftsmitgliedern selbst in Thüringen, wo sie 2019 zusammen noch mehr als die Hälfte der Gewerkschaftsstimmen auf sich vereinigen konnten, ihre Wähler:innen-Basis zu großen Teilen eingebüßt.

Am stärksten gebeutelt hat es – die Europawahlen kündigten es bereits an – die Linkspartei. Die beiden Wahlkreisgewinne der Linken in Leipzig, die der Partei den Einzug in den Landtag sicherten, bilden hier eine bemerkenswerte Ausnahme. Ob sie einen Weg aufzeigen, wie die Linke wieder die Trendwende schaffen kann, bleibt abzuwarten. In der Fläche werden solche personalintensiven Kampagnen allein wegen fehlender aktiver Mitglieder schwierig umzusetzen sein.

Die »Linkskonservativen« als Alternative zur AfD?

In Thüringen meinten 87 Prozent der AfD-Wählenden, »dass es ihnen egal ist, dass die AfD in Teilen als rechtsextrem gilt, solange sie die richtigen Themen anspricht.«⁴ Die »richtigen Themen« sprach, wie oben erwähnt, auch das BSW an – egal wie rückwärtsgewandt und reaktionär. Dass mit Sabine Zimmermann eine langjährige regionale DGB-Vorsitzende und Bundestagsabgeordnete der Linken als BSW-Spitzenkandidatin bereitstand, spricht Bände, zeigt aber auch, wie strukturkonservativ größere Teile der Linken/PDS im Osten seit 1990 geblieben sind.

Auffallend ist, dass der Erfolg des BSW keineswegs schwerpunktmäßig den Arbeiter:innen zu verdanken ist. Sie ist keine »Arbeiterpartei« und will es ja auch gar nicht sein. Der Wagenknecht-Formation gelang es relativ gleichmäßig, quer durch alle sozialen Schichten bis hin zu Selbständigen, Wähler:innen anzusprechen. Nicht wenige davon, deren Einstellungen möglicherweise bereits früher näher an denen des AfD-Anhangs war, als sie sich eingestehen wollten, haben nun im BSW ihre Alternative für Deutschland gefunden – sozial, national, kulturkonservativ, aber ohne Nazis.

Wie weiter?

Die Wahlergebnisse von Sachsen und Thüringen sowie der gegenwärtige gesellschaftliche Diskurs deuten auf eine politische Landschaft, die nicht nur für die verbliebene gesellschaftliche Linke in jeder Hinsicht bedrohlich ist. Die jüngsten deutschen Wahlergebnisse passen sich ein in eine Rechtsentwicklung, die bei einzelnen Hoffnungsschimmern, auch in vielen anderen Ländern Europas und der Welt zu beobachten ist. Von den autokratischen Staaten, wo es freie Wahlen gar nicht gibt, ganz zu schweigen.

Die »Arbeiterklasse«, so sie überhaupt als wirkmächtige Akteurin noch existiert, ist in vielen Ländern eher an der Spitze der Rechtsdrift als ein Gegenpol. Anhand der Wahlergebnisse und auf Basis von Wahlkreisuntersuchungen können wir relativ gut nachvollziehen, dass Arbeiter:innen vielfach häufiger als andere gesellschaftliche Gruppen rechts oder gar rechtsextrem wählen. Warum sie das tun, kann aber über Wahlanalysen allein nicht erklärt werden. Diese Gründe zu untersuchen, muss anderen Beiträgen vorbehalten bleiben.

express im Netz und Bezug unter: www.express-afp.info

³ <https://www.belltower.news/thueringen-so-sieht-die-rechtsextreme-landnahme-aus-156293/>

⁴ <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/analyse-wahlen-sachsen-thueringen-100.html>



Email: express-afp@online.de

express / AFP e.V., Niddastraße 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:

AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12